Der Kampf um die preußische Notverordnung

Ist die Aufhebung rechtsgültig?

Berlin, 17. Juni. Das geschäftsführende preußische Staatsministerium steht, wie die Telegraphen-Union im Zusammenhang mit der vom Preußischen Landtag beschlossenen Aufhebung der preußischen Notverordnung an zuständiger Stelle erfährt, auf dem Standpunkt, daß der Landtag diese Notverordnung überhaupt nicht aufheben könne, weil sie sich auf eine Ermächtigung des Reichspräsidenten (Reichsnotverordnung zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Finanzen) stütze. Der Landtag könne die Notverordnung erst dann zu Fall bringen, wenn er ein förmliches Gesetz in allen drei Lesungen annehme. Dieses Gesetz müsse dann dem Staatsrat zugeleitet werden, der es voraussichtlich ablehnen werde. Dann würde das Gesetz vom Landtag nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit rechtsgültig gemacht werden können. Die Opposition stützt sich demgegenüber auf eine vorliegende reichsgerichtliche Entscheidung, nach der die vom Landtag beschlossene Aufhebung der Notverordnung rechtsgültig sein soll.

Die neuen Unterstützungssätze

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juni. Zur letzten finanzpolitischen Notverordnung ist eine Zusatzverordnung erschienen, die die Höhe der Arbeitslosenunterstützung regelt. Danach richten sich die Unterstützungen nach den Ortsklassen, den zuschlagsberechtigten Angehörigen und nach der Lohnklasse.

In den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A beträgt die wöchentliche Unterstützung in der untersten Lohnklasse I 5,10 RM. ohne zuschlagsberechtigte Angehörige. Sie erhöht sich bis 6,60 RM. in dieser Lohnklasse bei sechs oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen. In der Lohnklasse XI sind 11,70 RM. bis 27,90 RM. als wöchentliche Unterstützung vorgesehen.

In den Ortsklassen B bis E betragen die Unterstützungen in den Orten mit 10 000 Einwohnern und weniger ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 4,50 RM., mit sechs oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 5,70 RM. in Lohnklasse I. In Lohnklasse XI ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 8,40 RM. und als höchster Satz 19,20 RM.

In Orten der Ortsklasse B bis E die mehr als 10 000 Einwohner haben, ist die niedrigste Unterstützung 5,10 und die höchste 9,40 RM., wenn keine zuschlagsberechtigten Angehörigen vorhanden sind. Die Höchstunterstützung beträgt 6,60 bis 24,30 RM. Danach beträgt die niedrigste Unterstützung also 4,50 RM., wenn keine Angehörigen, und die höchste 27,90, wenn sechs oder mehr zuschlagsberechtigte Angehörige vorhanden sind.

Mecklenburg-Schwerin hebt das Demonstrationsverbot auf

Schwerin, 17. Juni. Wegen der neuen politischen Notverordnung des Reichspräsidenten hat sich das Ministerium des Innern veranlaßt gesehen, das Verbot der politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel mit Wirkung vom 17. Juni aufzuheben. Diese Aufhebung erfolgt, wie das Ministerium besonders betont, in der Hoffnung, daß der politische Kampf im Lande zukünftig ohne Gewalttätigkeiten geführt werden wird und daß alle politischen Parteien, Verbände und sonstigen Organisationen sich bemühen, alles zu vermeiden, was zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern führen kann. Sollte diese Erwartung des Ministeriums getäuscht werden, dann würden sich erneute einschränkende Bestimmungen der Versammlungsfreiheit nicht vermeiden lassen.

Die württembergische Regelung

Stuttgart, 17. Juni. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß das auf Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung gestützte Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel (Verordnung des württembergischen Innenministeriums vom 30. März 1932) von der neuen Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen nicht berührt werde. Zur Frage des Uniformverbots verlautet, daß Württemberg nicht beabsichtige, in ähnlicher Weise wie Bayern und Baden ein Uniformverbot von Landes wegen durchzuführen, sondern daß es vorerst bei der Reichsregelung bleibe.

Versammlungsfreiheit in Braunschweig

Braunschweig, 17. Juni. Der braunschweigische Minister des Innern, Klagges, hat an die Kreisdirektionen die Anweisung ergehen lassen, das im April d. J. erlassene allgemeine Verbot der Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Hamburg bleibt beim Demonstrationsverbot

Hamburg, 17. Juni. Die Polizeibehörde teilt mit, daß für Hamburg das am 18. Juli 1931 erlassene allgemeine Demonstrationsverbot unverändert weiterbesteht.

Hauptmann a. D. Röhm an die SA. und SS.

München, 17. Juni. Der Chef des Stabes der SA., Röhm, erläßt einen Aufruf, in der er u. a. mitteilt, daß er durch das Vertrauen Adolf Hitlers wieder als Chef des Stabes berufen und mit der Neuaufstellung der SA.- und SS.-Gliederungen beauftragt worden sei. In dem Aufruf heißt es dann weiter: „Die braune Front steht wieder. Voll Hoffnung und Vertrauen blicken Millionen der besten Deutschen auf Euch. Wahrt das Vermächtnis Eurer toten Kameraden. Euer Opfermut, Eure Treue zum Führer und Eure Disziplin, seit Jahren bewährt, verbürgen den Sieg, und dieser Sieg wird Deutschlands Schicksal entscheiden. Die alten Stürme, Sturmbanner und Standarten marschieren."

Weiter erläßt der Chef des Kraftfahrwesens der SA. und stellvertretende Korpsführer, Hühnlein, einen Aufruf, worin das nationalsozialistische Kraftfahrerkorps und die Motorstürme und Staffeln der SA. und SS. zu neuem Einsatz aufgefordert werden.

Endlich erläßt noch der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach einen Aufruf an die Hitlerjugend, worin es heißt: „Das Verbot der Hitlerjugend ist gefallen, weil es unmöglich war, den Geist dieser Jugend zu verbieten. Hitlerjugend marschiert! Für den deutschen Sozialismus! Für Blut und Ehre der werdenden Nation!"

Hitler-Rede in Offenbach

Offenbach, 17. Juni. Auf einer Wahlkundgebung der NSDAP. sprach gestern abend Adolf Hitler. Er erklärte, es gebe keinen Beruf, keine Konfession, die nicht in Deutschland ihre ganz besondere Spezialpartei besitze. Seit dreizehn Jahren wolle man die Wirtschaft retten, aber man habe dabei den Kampf der gegenseitigen Interessen so gesteigert, daß der Kampf die Nation zerreiße, also das Gegenteil von dem erreiche, was man erreichen wollte. Wer vor dreizehn Jahren, fuhr Hitler fort, das Schicksal prophezeite, das die Nation heute betroffen hat, wurde ausgelacht. Wer wahrheitsgemäß schilderte, was kommen mußte, dem wurde nicht geglaubt. Den Menschen bewegt heute nicht mehr der theoretische Begriff Staat, sondern die Frage, was ist der Staat, was lebt in ihm. Kein Land, keine Provinz wird genesen, wenn nicht der Kreis dieser Fragen die letzte Lösung erfährt. Erst dann wird das deutsche Volk wieder den Weg aus der Not finden.

Freigabe der SA.-Unterkünfte

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Juni. In Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung, die das Verbot der SA. wieder aufhebt, sind gestern im Laufe des Tages die von der Polizei im April geschlossenen Unterkünfte und Räume der SA. sowie das darin beschlagnahmte oder bei SA.-Funktionären sichergestellte Material freigegeben worden. Beamte der Abteilung I erschienen am Vormittag in den verschiedenen Gebäuden, insbesondere in der Hedemannstraße, um die Siegel zu entfernen und die Schlüssel zu den Räumen zu übergeben. Gleichzeitig wurde den beteiligten Personen und Büros von der Polizei Mitteilung gemacht, daß sie das im Polizeipräsidium lagernde beschlagnahmte Material abholen könnten, was auch zum Teil schon am Nachmittag erfolgte. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es bei der Freigabe der Räume nicht gekommen.

Stadtrat Gruner-Dresden von der Anklage des Hochverrats freigesprochen

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen den kommunistischen Stadtrat Paul Gruner, gegen den ein Hochverratsverfahren wegen seiner Ausführungen in einer am 23. August 1931 im Keglerheim abgehaltenen Straßenbahnerbetriebsversammlung eingeleitet worden war. Im Zusammenhang mit Ausführungen über den beabsichtigten Tarifbruch sowie den zu erwartenden Abbau von über 1000 Straßenbahnern soll Gruner als Führer der RGO. nach der Anklage zum Generalstreik aufgefordert haben, um die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung nach russischem Muster zu ermöglichen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme reichte aber dem erkennenden Senat zu einem Schuldspruch nicht aus, da weder der Wortlaut noch die Reihenfolge der strittigen Aeußerungen einwandfrei festzustellen seien. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Dresdner Erzeugnis.
BiOX
Gegen Sonnenbrand
HAUT-CREME
nach Hofrat Dr. Zucker
Zur Schönheitspflege als Tag- und Nacht-Creme.
in Tuben 10 ₰ 50 ₰
in Dosen 25 ₰ 50 ₰ 90 ₰

Nationalsozialistische Agrarpolitik

Die Abteilung Landwirtschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hatte für Freitag abend die Berufskollegen aus ganz Sachsen zu einem Ausspracheabend in die „Drei Raben" eingeladen. Das erste Referat hielt

Reichstagsabgeordneter Sieber-Wiederoda

über „Praktische Maßnahmen nationalsozialistischer Agrarpolitik". Die Ausfuhrpsychose des letzten Jahrzehnts habe den Zusammenbruch der Landwirtschaft herbeigeführt. Einsichtige Industrielle gäben heute zu, daß dem Binnenmarkt der Primat zuzuerkennen sei. Unsere Lage sei ähnlich der Preußens nach dem Siebenjährigen Kriege: mit eisernem Fleiß müsse aus der heimischen Scholle alles herausgeholt werden, und auf den heimischen, aufnahmefähigen Markt müsse man sich stützen. Man müsse unbedingt zur Kontingentierung übergehen, so wie es andere Länder bereits getan haben, dann brauche die „Weltagrarkrise" nicht nach Deutschland hereinzukommen. Die weitestgehenden Anträge in dieser Richtung stammen von den Nationalsozialisten. — Der Roggenpreis und die Veredelungsproduktion sei sträflich vernachlässigt worden; das Reichsmilchgesetz Schieles diene nur dazu, dem Landwirt neue Betriebshemmungen aufzuerlegen, die Erhöhung des Butterzolls sei durchlöchert worden (z. B. Polen gegenüber), die Fleischpreise betragen 50 Prozent der Vorkriegspreise. Mit Adolf Hitler müsse man die Rettung des deutschen Volkes in der Rettung des Bauernstandes sehen. Dann sprach

Dr. Mentzel-Pillnitz

über den Kampf des deutschen Bauern um den Lebensraum des deutschen Volkes". Unsere völkische Not könne nicht lediglich auf den verlorenen Krieg zurückgeführt werden, sondern sei das Ende einer Entwicklung seit der französischen Revolution: Verfall der Weltanschauung, der wirtschaftlichen Struktur und der biologischen Kräfte. Uns seien aber Möglichkeiten gegeben, diesen Verfall aufzuhalten: nämlich durch die Gesundung des deutschen Bauernstandes. Jeder große Krieg gehe um den Lebensraum der Völker, und die Kolonisationsgeschichte zweier Jahrtausende zeige, daß der Bauer der beste Soldat im Kampfe um den Volksboden sei. Ein Wall von deutschen Menschen müsse im Osten aufgerichtet werden, sonst sei man wehrlos gegen die politischen Bestrebungen der Polen, der Tschechen und der Litauer. Der Verfall der biologischen Volkskraft sei aufzuhalten durch staats- und wirtschaftspolitische Begünstigung der Volksschichten, die noch Geburtenüberschuß haben, und das sei der Bauernstand, vor allem in Ostpreußen, in der Grenzmark und in Pommern. Zielbewußte Agrarpolitik sei daher eine staatspolitische Notwendigkeit.

An beide Referate schloß sich eine lebhafte Aussprache.

Ueberfälle auf Hitlerleute in Leipzig

Leipzig, 17. Juni. Aus Anlaß der Aufhebung des Uniformverbotes veranstalteten am Freitagabend sowohl die SPD. als auch die NSDAP. Demonstrationszüge und Versammlungen. Als in der Promenadenstraße der Zug der SPD. an der Wirtschaft Sanssouci vorüberzog, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen uniformierten Zugteilnehmern mit uniformierten Nationalsozialisten, bei denen drei Teilnehmer verletzt wurden. Die Fenster der Wirtschaft wurden von SPD.-Leuten eingeschlagen. Vor der Gastwirtschaft Drei Lilien in der Kohlgartenstraße wurden Nationalsozialisten, die dort eine Versammlung abgehalten hatten, gegen 11 Uhr von uniformierten SPD.-Leuten überfallen. Sie flohen in das Lokal zurück. Auch hier wurden sämtliche Fenster eingeschlagen. Ein Nationalsozialist wurde verletzt. Bei einem Ueberfall auf der Riesaer Straße wurde ein Nationalsozialist schwer verletzt, zwei trugen leichtere Verletzungen davon. Zwei Angehörige der SPD. wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.

Deutsche Kunst in Paris

Fin de saison — Goethe und ein Ende

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, im Juni.

In einer Hundstagshitze, die dem schönsten August Ehre machen würde, stirbt die Pariser Theatersaison ruhmlos an ihrem eigenen Unvermögen. Die früher noch als moderne Regisseure sich ausgebenden, in den Spuren des Berlin den Rücken kehrenden Max Reinhardt-Goldmann wandelnden Direktoren Dullin, Baty, Jouvet haben sich immer eindeutiger auf das Altenteil des durchschnittlichen Amüsements- und Boulevardtheaters anspruchslos zurückgezogen. Bleibt der Russe Pitoëff als letzter Fahnenträger einer Idee im Repertoire, eines Stiles in der Inszenierung. Er hat uns auch den „Oedipus" von André Gide und „La Belle au Bois" von Supervielle vermittelt. Erwähnt man noch den „Taciturne" von Roger Martin du Gard und das von der Comédie Française wiedererweckte „Garbmal" von Paul Raynal, so ist das neben einer für unsere Bedürfnisse unbefriedigenden „Hamlet"-Aufführung in demselben Hause Molières und einem recht anständigen „König Lear" im Odéon auch ungefähr die ganze kümmerliche Auslese aus der Spieltätigkeit von rund fünfzig Pariser Theatern, die Erwähnung verdient. Bruckner-Taggers „Krankheit der Jugend" und Curt Götzens „Abracadabra" als deutsche Bereicherung des Pariser Spielplans können weder den magere-ren Geistesbraten fett machen, noch dem Pariser Theaterpublikum — falls es das überhaupt wollte — die Berührung mit dem jungen und neuen geistigen Deutschland vermitteln.

Und, nehmt alles nur in allem, so war an dem ganzen — fast möchte man despektierlich sagen — anstandshalber an den Haaren herbeigezogenen französischen Goethe-rummel noch das Beste, wenigstens der Absicht nach, eine von deutschen und französischen Studenten gemeinsam unter dem Schutze des deutsch-akademischen Austauschdienstes Ende Mai veranstaltete harmlose Aufführung von „Faust", erster Teil, in deutscher Sprache. Daß eine deutsche Goethefeier in Paris, die sich sehen lassen konnte, die dem deutschen Namen und dem deutschen Goethe wirklich Ehre machte, im Rahmen der deutschen, doch wieder zu Tausenden angewachsenen Kolonie von Paris nicht zustande kam, bleibt eine nicht wiedergutzumachende Unterlassung. Eine solche deutsche Goethefeier wäre weiß Gott tausendmal nötiger und deutscher gewesen als die freudlosen Verfassungsfeiern, die man uns jahrelang offiziell aufgezwungen, oder die Hilfsvereins-Tanzveranstaltungen, mit denen man an unseren Geldbeutel appelliert hat. Die Franzosen, aber besonders die französischen Theater haben sich ihre sogenannten Goethefeiern verflucht leicht gemacht. Die beiden Staatsopernhäuser haben Goethe mit Gounods „Faust" und Massenets „Werther" gefeiert, die Comédie Française hat sich gänzlich unfeierlich eine ganze Matinée geleistet, in der man wahllos einen unmöglichen „Ganymed", eine noch unmöglichere Uebersetzung des „Königs in Thule", ein Kapitel „Werther", „Erlkönig" und die Schlußszene von „Faust", erster Teil, französisch natürlich — fragt mich nur nicht wie —, mit anhören mußte. Das Odéon aber hat sich gar zu einer Aufführung ausgerechnet des „Clavigo" aufgeschwungen, die eigentlich genau genommen ein Skandal und ein freches Plagiat war. Schon der Untertitel „La soeur de Beaumarchais" zeigte, daß man die Feier für Goethe entschuldigen wollte, indem man eine Ehre für den Dichter des „Figaro" daraus machte. Die französische Neubearbeitung aber des „Clavigo" von Gabriel Boissy und Eberhard Nebelthau mit einer völlig dazu erschwindelten Schlußszene war, von der äußerst dürftigen Aufführung abgesehen, eine Vergewaltigung, für die es keine Worte gibt.

Wir Deutsche also hätten hier in Paris darben und von dem ganzen Goethejahr alles Beste entbehren müssen, wenn nicht ein von echt Goetheschem Geist erfüllter deutscher Künstler wie Wilhelm Furtwängler mit dem unvergleichlichen Orchester der Berliner Philharmoniker für den, der tiefster Zusammenhänge sich bewußt bleibt, vollwertigen Ersatz gebracht hätte. Auch die Große Oper, deren langjähriger Direktor wegen des gewaltigen Defizits abdanken wollte, hat in dieser Krisenzeit, in der Paris vor allem die zahlungsfähigen Ausländer fehlen, keine vollen Häuser mehr. Aber für die beiden Philharmonikerkonzerte und für die beiden Aufführungen von „Tristan und Isolde", bei denen der Meister Furtwängler am Dirigentenpult stand, war das gewaltige festliche Haus der Oper auch jetzt im Juni noch, man kann sagen, bis zum letzten verfügbaren Ersatzstuhl und bis zum obersten Dachsparren hinauf ausverkauft. Unsere besten deutschen Gesangskräfte, Frieda Leider, Olszewska, Kipnis, Melchior usw., leisteten dem Meister Gefolgschaft. Deutsch war der Gesang, deutsch die Musik, deutsch der Führer, das Ganze eine Feier, ein Triumph deutschen Geistes. Und die Fünfte Sinfonie von Beethoven, wie sie die Philharmoniker unter Furtwängler spielen, was will man mehr, um Goethe zu feiern? Bach, Beethoven, Mozart und Richard Wagner beherrschen das Pariser Konzert- und Opernprogramm. Ob es die Polin Wanda Landowska, die beste Klavizymbalonspielerin, oder ob es der deutsche Renegat österreichischen Blutes Felix Weingartner sein mögen, wenn sie hier Eindruck machen wollen, sie müssen Bach, sie müssen Beethoven spielen.

Aber geben wir uns keiner Täuschung hin. Für das geistige Verstehen der beiden Völker oder gar für die politische Willensbildung in Paris ist das so gut wie belanglos. Wir Deutschen können uns wohl bis zur Selbstverleugnung liebevoll in andere Kultur und Kunst vertiefen, ja darin untergehen. Franzosen können und wollen das nicht. Das ist durch nichts deutlicher bewiesen worden als durch die Goethefeiern, und es ist darum tief unwahr, wenn in der der deutschen Sprache sich bedienenden, im Schatten des Quai d'Orsay lebenden „Neuen Pariser Zeitung" ein deutscher Freiherr von Maltzahn aus Anlaß der Goethefeiern niederschrieb: „Und wieder haben wir hier sehen und bewundern können, mit welcher Selbstverständlichkeit der geistige Franzose von allen Fragen der Politik zu abstrahieren vermag, wenn menschlich künstlerische Werte zur Debatte stehen." Die Wirklichkeit ist ganz anders. In seinem großen Goethevortrag hat Herr Léon Daudet mit besonderer Gründlichkeit nachzuweisen versucht, welchen Einfluß Diderot, Voltaire und andere geringere Franzosen auf Goethe und besonders auf die Entstehung der „Wahlverwandtschaften" gehabt haben. In der großen offiziellen Goethefeier in der Sorbonne, an der auch noch der bald darauf so tragisch ums Leben gekommene Präsident Doumer teilnahm, war auch nicht die Spur von Gefühlswärme oder Begeisterung zu merken. Die Musik war ganz zweiten Ranges, die große Festrede von Paul Valéry unerbaulich und selbst den meisten Franzosen überhaupt unverständlich, und in seiner Einleitungsansprache, die er eiskalt herunterlas, betonte der Rektor der Pariser Universität, Charléty, in dem jahrhundertelangen geistigen Austausch der Weltliteratur zwischen Frankreich und Deutschland „haben die Deutschen viel mehr empfangen als gegeben." „Sollte das junge Deutschland", so fügte er hinzu, „sich von Goethe loslösen oder für Goethes Ideenwelt kein Platz mehr in Deutschland sein, wird Frankreich ihm ein Asyl anbieten." Denn dieser Goethe gehört ja eigentlich zu uns, das war der tiefere Unterton auch dieser Rede.

Der geistvolle, in Lille erscheinende „Boréal" trifft den Nagel auf den Kopf. Er schreibt: „So viel heißes Bemühen unserer Schriftsteller, um das Lob des berühmtesten Deutschen zu singen, war das reine Bewunderung, war das aufrichtige und begeisterte Anerkennung, war das ein Beweis geistiger Unparteilichkeit? O nein, etwas ganz anderes. Nehmt alles nur in allem so haben unsere Schriftsteller und Gelehrten Goethe nur beweihräuchert, soweit er ein Schüler der französischen Literatur, soweit sie ihn als „einen der